

Beschlussbuch

a. o. Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern 2009

Anträge

13 **1. Der Goldrausch ist zu Ende!**

14 **2. Lohngeheimnis abschaffen - Lohngerechtigkeit ermöglichen**

15 **3. Verstärkte Kooperation mit Lateinamerika**

16 **4. Zwangsprostitution verhindern**

17 **5. Große Koalition bremsen – unsolidarische Schuldenbremse verhindern**

Resolutionen

21 **1. Keine Mittel aus dem Konjunkturpaket für die Rüstungsindustrie**

22 **2. UN-Resolution umsetzen**

23 **3. Unsere Anforderungen an das Bundestagswahlprogramm**

24 **4. Gute Arbeit**

1
2
1

2 Antragssteller: Jusos Oberbayern

3 Adressaten: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD Bundestagsfraktion,
4 SPD Mitgliedern im Haushalt- & Finanzausschuss des Deutschen Bundestags, SPD
5 Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

6

7 **1. Der Goldrausch ist zu Ende!**

8

9 Beispielloses passiert momentan in der Weltwirtschaft. Liberalisierungsbefürworter
10 befürworten nicht mehr. Unvorstellbar da wir in einer Welt leben, die viel zu viel Staat
11 und viel zu wenig freie Marktwirtschaft hat. Dies erzählen uns jedenfalls seit Jahren die
12 Kämpfer für Freie Marktwirtschaft. Der böse Moloch Staat der jedem das Geld aus den
13 Taschen zieht und es in Soziale Sicherungssysteme abführt. Deregulierung, Abbau von
14 Handelshemmnissen, freier Geldverkehr, mehr Eigenverantwortung für den Einzelnen,
15 Privatisierung, Umstrukturierung, Steuersenkungen und vieles mehr konnte man aus
16 den Mündern der „Experten“ in den vergangenen Jahren entnehmen. Im medialen
17 Zeitalter wurden alle damit bombardiert. Ein Entkommen gab es faktisch nicht und so
18 beteten überall auf der Welt die Menschen das Goldene Renditekalb an.

19

20 Immer im Vertrauen in die „Experten“. Bedauerlicherweise erwiesen sich die Experten
21 als Lemminge mit Krawatte. Einer folgte dem anderen auf dessen Weg zur Klippe und
22 versuchte diesen gar mit schier unbegrenzten Wachstums- und Renditeprognosen zu
23 überholen.

24

25 Nur das Eingreifen des Staates, der momentan eine brüchige Mauer vor die Klippe
26 errichtet hatte, konnte den Massensuizid vorerst verhindern. Nun stehen die Experten
27 davor und fragen sich wie dies passieren konnte. Man sei schließlich nur der Masse
28 gefolgt.

29

30 Eine unglaubliche Skrupellosigkeit vermischt mit purer Gier, für die es auch noch
31 allerseits Bewunderung gab, hat ein ganzes globales Wirtschaftssystem zu Grunde
32 gerichtet. Eine ganze Branche hat all ihre Glaubwürdigkeit verloren und tiefe Wunden in

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2

1 die Gesellschaft gerissen. Das Kredo „Das Kapital hat dem Menschen zu dienen und
2 nicht der Mensch dem Kapital“ wurde verdreht. Die alleinige Ausrichtung auf die
3 schnelle Rendite, für mehr Gewinn, für noch mehr Bonuszahlungen, hat zu einer
4 unvorstellbaren Wertvernichtung geführt. Denn nicht nur Buchwerte, also fiktive Werte,
5 sondern immer mehr auch reale Werte in der produzierenden Wirtschaft gehen
6 verloren.

7 Eine produzierende Wirtschaft ist von einer funktionierenden Finanzwirtschaft
8 abhängig. Der Finanzmarkt dient der Kapitalbeschaffung für Unternehmen um neue
9 Produkte zu produzieren, Innovationen zu realisieren, Forschung zu betreiben,
10 Arbeitsplätze zu schaffen und den Wohlstand der Einzelnen zu halten und zu erhöhen.
11 Es ist nicht andersherum. Das produzierende Gewerbe, das Dienstleistungsgewerbe
12 und das Handwerk dienen nicht der Spekulation von Finanzinstituten.

13

14 Die Internationalen Finanzmärkte haben bewiesen, dass ihre Dogmen der vergangenen
15 Jahre falsch waren. Das sie eben nicht ohne Regularien und Beschränkungen
16 auskommen. Es bedarf nun einer grundlegenden Neuausrichtung der Finanzmärkte.
17 Klar ist, dass überall dort, wo Geld, in welcher Form auch immer, floss, die Regularien
18 folgen müssen.

19

20 Wir Jusos Oberbayern fordern deswegen eine grundsätzlich Neuordnung der
21 Finanzmärkte weltweit.

22

23 **Hedge-Fonds abschaffen**

24

25 Hedge-Fonds dienen keinem realwirtschaftlichen Zweck. Sie sind lediglich ein
26 Finanzinstrument dessen einziges Ziel es ist durch riskante Spekulationen eine
27 möglichst hohe Rendite einzubringen. Ein volkswirtschaftlicher Nutzen entsteht nicht.
28 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die von den jeweiligen Institutionen vorgeschlagen
29 Selbstregularien (siehe z. B. G7 Treffen der Finanzminister in Essen 2007 oder das G8
30 Treffen in Heiligendamm) zu keinem Erfolg führten. Im Gegenteil hat die Branche
31 alleine dadurch, dass sie ihre Registrierungen in sog. Offshore-Plätzen betrieben hat
32 deutlich gezeigt, was sie von Finanzaufsichten und Gesetzen hält.

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2
1

2 **Private Equity**

3

4 Prinzipiell ist an privaten Beteiligungen an Unternehmen nichts auszusetzen. Das
5 Problem ist vielmehr die Absicht und die Renditeerwartung. Unter anderem können
6 gerade junge Firmen von dieser Art der Beteiligung profitieren, wenn Ihnen von Banken
7 kein oder nur wenig Kredit gewährt wird. Allerdings hat sich gezeigt, dass die meisten
8 Privat-Equity-Firmen (PEF) nicht an langfristigen, strategischen Investitionen sondern
9 an schnellem Profit interessiert sind. Private Equity kann für Unternehmen von Vorteil
10 sein. Allerdings benötigt dieser Sektor genaue Regularien. Unter anderem dürfen PEF
11 nur zu einem gewissen Grad Anteile an dem Unternehmen erwerben,
12 Mindesthaltefristen der Anteile bis zu einer möglichen Veräußerung, Besteuerung der
13 Gewinne aus dem Investment vor Ort. Zudem dürfen Kredite, die für den Anteilskauf an
14 einem Unternehmen aufgenommen wurden, nicht auf das Unternehmen übertragen
15 werden.

16

17 **Basel II**

18

19 Basel II sollte als allgemeine Grundlage für alle Banken weltweit dienen. Alleine die
20 Tatsache, dass die USA in der Vergangenheit Basel II nicht umgesetzt habe, zeigt die
21 aktuelle Notwendigkeit es nun umzusetzen. Basel II führt zu einem allgemeingültigen
22 Regelwerk für alle Banken weltweit und erleichtert so die Risikoeinschätzung aller am
23 Markt beteiligten Teilnehmer. Der Zwang, Risiken mit ausreichend Eigenkapital
24 abzudecken führt dazu, das eigene Risikomanagement auszubauen, bewusster zu
25 investieren und zur Unabhängigkeit von Ratingagenturen.

26

27 **Bilanzierung von Finanzinstituten**

28

29 Alles muss in die Bilanz. In Zukunft dürfen keine Werte mehr außerhalb der Bilanz
30 geführt werden. Bisher konnten Banken usw. Bereiche in sog. Zweckgesellschaften
31 auslagern und diese dann nicht in die eigene Bilanz aufnehmen. Mit dieser Praktik
32 muss Schluss sein. Wenn man etwas vor der Bilanz und somit vor Prüfungen und

3

5

1
2

1 Investoren verstecken muss, ist das nicht nur verdächtig, sondern im hohen Maße
2 Betrug. Und diesen gilt es dann zu bestrafen.

3 Risiken müssen verpflichtend in einem standardisierten Schema dargelegt werden.

4 In die Bilanzen sollen zudem neben den Tageswerten auch die realen Marktwerte
5 (Durchschnittswert) mit Anschaffungswert von Investitionen, Beteiligungen usw.
6 aufgenommen werden.

7

8 **Kredithandel**

9

10 Wer einen Kredit vergibt, trägt auch das Risiko. Generell begrüßen die Jusos
11 Oberbayern das Risikobegrenzungsgesetz welches im Juni 2008 im Deutschen
12 Bundestag beschlossen wurde. Allerdings ist dieses noch nicht ausreichend. Das
13 Handeln von Krediten bedarf der vorherigen Zustimmung der Kreditnehmer. Ohne
14 deren Zustimmung verbleibt der Kredit beim vergebenden Institut. Bei Veräußerungen
15 von Firmenkrediten muss, ebenso wie bei Privatkrediten, ein Teil des Risikos bei dem
16 ursprünglichen Kreditgeber in der Bilanz verbleiben. Ein Zinsaufschlag auf sog.
17 Kreditverträge mit Abtretungsverbot ist unzulässig.

18

19 **Tobin Tax**

20

21 Die Tobin Tax ist umgehend einzuführen. Als sinnvolles Instrument der
22 Marktberuhigung und dem Entgegenwirken von Devisenspekulationen muss diese
23 Besteuerung umgehend weltweit, ohne Ausnahmen, eingeführt werden.

24

25 **Leerverkäufe**

26

27 Leerverkäufe sind reine Spekulation und können den wahren Marktpreis vernebeln. Die
28 Spekulation auf Aktienkurse kann dazu führen, dass auf die Aktien Druck in Form von
29 Behauptungen, Krisenmeldungen usw. ohne Bestand ausgeübt wird um einen
30 entsprechenden Kurs zu bekommen. Leerverkäufe dienen keinem volkswirtschaftlichen
31 Zweck sondern im Gegenteil führen sie dazu die realen Preise im Sinne der Angebots-

3

5

1

2

1 und Nachfragesystematik durch Spekulation ungerechtfertigt steigen oder sinken. Sie
2 sind deswegen zu verbieten.

3

4 **Steueroasen**

5

6 Steueroasen sind Regionen mit Gesellschaften und nicht vorhandenen Kontrollgremien
7 die mit der Absicht, sich und seine Geschäfte vor den Kontroll- und Steuervorschriften
8 anderer Länder zu verbergen. Einheitliche Steuersätze in den Regionen, z. B.
9 Einheitssteuern in der EU für Kapitalerträge usw., würden zu einer Eindämmung führen.
10 Im zweiten Schritt müssen diese Offshore-Plätze stillgelegt bzw. geächtet werden.
11 Firmen die z. B. im Europäischen Raum u.a. mit Finanzprodukten handeln wollen,
12 dürfen keinen Sitz auf einem dieser Offshore-Finanzplätze haben.

13

14 **Ratingagenturen**

15

16 Ratingagenturen sind, auch wenn das anscheinend von vielen in der Wirtschaft
17 angenommen, nicht allwissend und ebenso nicht selbstlos.

18 Auch diese Agenturen sind Firmen die ihre Leistungen verkaufen. Und wie überall gilt
19 auch bei diesen Agenturen das Kredo „Wer zahlt schafft an“. Deswegen dürfen
20 Ratingagenturen keine Bewertungen von Unternehmen vornehmen die sie beraten um
21 so jeden Interessenskonflikt zu vermeiden. In einem international gültigen Katalog soll
22 verbindlich für alle Ratingagenturen festgelegt werden, welche Faktoren bei der
23 Bewertung von Unternehmen, Banken und Staaten gelten und wie diese zu bewerten
24 sind. In Zukunft sollen für alle Ratingagenturen die gleichen
25 Zulassungsvoraussetzungen mit den gleichen Versicherungspflichten wie für
26 Wirtschaftsprüfer gelten.

27

28 **Staatsfonds**

29

30 Für Staatsfonds müssen, bei dem Erwerb von Firmenanteilen, die gleichen Regeln
31 gelten wie für Privat-Equity-Firmen. Es ist nicht einzusehen, dass für Staatsfonds andere
32 Regeln gelten.

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
3
4
5

Antragssteller: Jusos Oberbayern

Adressaten: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Bezirkskonferenz der SPD Oberbayern

2. Lohngeheimnis abschaffen - Lohngerechtigkeit ermöglichen

Die Jusos Oberbayern fordern ein sofortiges gesetzliches Verbot von sogenannten "Lohngeheimnisklauseln" in Arbeitsverträgen.

Begründung:

Arbeitsverträge, die einzelvertraglich ein Lohngeheimnis vereinbaren, sind in der freien Wirtschaft üblich. Sie machen es vor allem Frauen unmöglich, gleichen Lohn für gleiche Arbeit vom Arbeitgeber einzufordern oder gar vor Gericht einzuklagen. Angesichts der Tatsache, dass die (verfassungswidrige)* Lohndiskriminierung in erster Linie ein weibliches Problem ist (immerhin verdienen Frauen in der BRD im Durchschnitt um 23% weniger als ihre männlichen Kollegen) sind solche Klauseln alleine schon aus gleichstellungspolitischer Sicht abzulehnen. Hier bewegen sich die ArbeitgeberInnen an der Grenze zur Sittenwidrigkeit. Ein Verbot derartiger Vertragsbestimmungen durch das BGB wäre ein großer Schritt auf dem Weg zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

* Artikel 168 der Bayerischen Verfassung stellt eindeutig klar: ‚Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn‘.

1
2
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
3
4
5

Antragssteller: Jusos Oberbayern

Adressaten: Bundesminister des Auswärtigen Frank-Walter Steinmeier

3. Verstärkte Kooperation mit Lateinamerika

Wir fordern eine stärkere Zusammenarbeit der EU und vor allem Deutschlands mit Lateinamerika. Der Subkontinent muss auf der politischen Agenda der Bundesrepublik eine wichtigere Rolle spielen. Demokratieförderung und engere wirtschaftliche Beziehungen sollten Kernpunkte dieser Kooperation sein. Wir müssen die Bedürfnisse der lateinamerikanischen PartnerInnen ernst nehmen und sie als AnsprechpartnerInnen unterstützen.

Begründung:

Wenn das Auswärtige Amt auf seiner Homepage selbst zu südamerikanischen Ländern der so genannten „Neuen Linken“ wie Bolivien und Venezuela die politischen Beziehungen als „traditionell gut“ beschreibt und dazu wirtschaftliche, sowie kulturelle Aktivitäten durchweg lobt, ist Lateinamerika fernab des EU-Lateinamerika-Gipfels kein Thema der Tagespolitik.

Diese Gleichgültigkeit der deutschen und europäischen Politik ist ein schwerer Fehler; ja sogar eine Dummheit. Grund für dieses Desinteresse dürften geschichtliche Fakten und zudem ideologische Vorurteile sein.

In der Vergangenheit war der Subkontinent ein häufiger Schauplatz von Militärdiktaturen, Putschen und Krisen, die zu politischer Instabilität führten. Desweiteren gelten vor vor allem linke Ikonen wie Che Guevara und Fidel Castro liberalen und konservativen Kräften als pars pro toto für Lateinamerika und führen somit

1
2

1 zu einer Abwehrhaltung und Ablehnung ihrerseits. Hierbei sollte man jedoch noch
2 erwähnen und bedenken, dass einige der Putsche auf das Konto der USA gingen, wie
3 in Nicaragua und die USA diktatorische Regierungen unterstützte (Kuba unter Batista).
4 Doch man sollte Lateinamerika jenseits aller Ressentiments und politischer
5 Befangenheit denken, sondern sollte sich mit den Fakten auseinander setzen. Fakt ist,
6 dass – bis auf Kuba – alle Länder der Region von demokratisch gewählten
7 Regierungen geführt werden und der letzte Putsch 1982 in Guatemala war. Von einem
8 derzeitigen „Linksruck“ kann nicht gesprochen werden. Die politische Lage ist weitaus
9 komplizierter. So gibt es konservative Regierungen in Kolumbien und Mexiko, liberale
10 Demokratien wie etwa Costa Rica und die „Neue Linke“ um Evo Morales und Hugo
11 Chávez. Trotz aller Unterschiede in der Programmatik und Ideologie der liberalen und
12 linken Strömungen gibt es eine Gemeinsamkeit in der Kritik der Globalisierung. Diese
13 politische Grundhaltung erklärt sich dadurch, dass in keiner Region der Erde Besitz so
14 ungleich verteilt ist. Nur 10 Prozent der Bevölkerung gehören 48 Prozent des
15 Gesamtvermögens, während die ärmsten 20 Prozent weniger als 5 Prozent des
16 Geldvermögens besitzen. Die Armutsquote beträgt 40 Prozent. Die Kriminalitätsrate ist
17 fünfmal so hoch wie im Rest der Welt. Diese starke Kluft zwischen Arm und Reich führt
18 zu einer Abkehr der – meist indigenen – Bevölkerungsmehrheit von der neoliberalen
19 Wirtschaftspolitik, geführt von den herrschenden Eliten, hin zu einer demokratischen
20 Transformation – wie zuletzt in Paraguay. Dieser beachtliche und mühsame Wandel
21 wird in Europa nicht anerkannt, sondern es wird eher vor ihm gewarnt. Trotz aller, in
22 ihrer Schärfe in Europa vielleicht befremdlicher Imperialismus- sowie Kapitalismus- und
23 Amerikakritik, ist dieser Prozess in Lateinamerika ein zutiefst demokratischer, der nicht
24 nur die Politik als solche erfasst, sondern auch langsam aber stetig ins Denken und
25 Handeln der Bevölkerung übergeht. Nicht nur aus Gründen der Demokratieförderung
26 und der Solidarität ist eine Zusammenarbeit mit dem Subkontinent sinnvoller als je
27 zuvor. Folgende vier Gründe sollen hierzu nun kurz erwähnt werden:

28

29 1. Lateinamerika blieb de facto als einzige Region der Welt von unmittelbaren Folgen
30 des 11. Septembers 2001 verschont. So gibt es zwar in den schwer zugänglichen
31 Urwaldregionen auch Guerillagruppen wie die FARC, aber es gibt keine Beweise über

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1

2

1 Zusammenarbeit dieser mit dem internationalen Terrorismus. Ebenso wenig kann von
2 terroristischen Anschlägen gesprochen werden.

3

4 2. Lateinamerika ist ein Friedenskontinent. Frei von großen Militäraktionen oder gar
5 Krieg, sorgte 2008 nur ein Konflikt im Grenzgebiet zwischen Kolumbien, Ecuador und
6 Venezuela und die Krise in Bolivien/Venezuela für Aufsehen, der jedoch auch durch
7 Vermittlung und Diplomatie friedlich gelöst werden konnte. Kriege gab es in den letzten
8 Jahrzehnten praktisch nicht.

9

10 3. Lateinamerika ist die erste nuklearwaffenfreie Zone der Welt. Sie ist frei von
11 Massenvernichtungswaffen; Anzeichen für atomare, biologische oder chemische
12 Waffen gibt es nicht. Auch wenn Brasilien plant neue Atomkraftwerke zu bauen, hat es
13 sein Vorhaben Atommacht zu werden 1994 ad acta gelegt und wie alle anderen
14 lateinamerikanische Länder den Vertrag von Tlatelolco unterzeichnet, der das Testen,
15 das Stationieren, den Besitz, sowie die Herstellung von Kernwaffen in der Karibik und
16 Lateinamerika verbietet.

17

18 4. Die Europäische Union gilt in Südamerika als Vorbild und Erfolgsmodell. Bis zum
19 Jahre 2025 soll die Union Südamerikanischer Staaten, ein Zusammenschluss aus
20 Andengemeinschaft und Mercosur, erreicht werden. Geplant sind eine
21 Freihandelszone, gemeinsame Währung, Parlament und Reisepässe. In der
22 Gründungsurkunde heißt es, Ziel der Vereinbarung sei der Kampf gegen „Ungleichheit,
23 soziale Ausgrenzung, Hunger, Armut und Unsicherheit“. Mit einer solchen
24 Gemeinschaft könnten die sozialen Probleme leichter gelöst werden.

25 Dass Lateinamerika trotz alledem in Europa kaum wahrgenommen wird, ist ein
26 Schaden für beide Seiten. Europa hat ein handfestes Interesse an einer engeren
27 Bindung an den Subkontinent. Nicht nur, dass die wirtschaftlichen Beziehungen noch
28 nicht völlig ausgeschöpft sind, so hat die Region auch eine große Zahl an wichtigen
29 Ressourcen wie Erdöl oder Agrarprodukte. Lateinamerika bietet sich als Partner für
30 bessere Wirtschaftsbeziehungen geradezu an. Dies gilt auch im Hinblick darauf, dass,
31 auf der anderen Seite der Erde mit China und Indien zwei attraktive, wirtschaftsstarke
32 PartnerInnen auftreten, die soziale und demokratische Standards nicht einfordern und

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
3

1 einhalten. Profitieren von engeren Beziehungen könnten beide, doch muss sich die EU
2 fragen lassen, ob sie durch die Umwandlung von losen Beziehungen zu einer
3 „strategischen Partnerschaft“ wirklich auch den sozialen Faktor und nicht nur den
4 wirtschaftlichen abgedeckt hat. Für die Sozialdemokratie gehören diese beiden Aspekte
5 unweigerlich zusammen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit darf nicht in Ausbeutung
6 enden, sondern muss einher gehen mit Unterstützung und Beratung von Parteien und
7 Bewegungen, sowie Hilfe bei sozialen Projekten um aktive Demokratieförderung zu
8 betreiben.
9 Um dies zu erreichen muss Lateinamerika in der BRD und der EU eine wichtigere Rolle
10 spielen um den PartnerInnen auf dem Subkontinent in einer Zeit des weltweiten
11 Kapitalismus mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

1
2
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
3
4
5

8 Antragssteller: Jusos Oberbayern

9 Adressaten: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Bezirkskonferenz der SPD
10 Oberbayern

12 **4. Zwangsprostitution verhindern**

14 Die aktuellen Bestrebungen die Gesetzeslage für Freier von Zwangsprostituierten
15 dahingehend zu verschärfen, dass die Inanspruchnahme der Dienste einer
16 Zwangsprostituierten mit bis zu zehn Jahren bestraft werden können halten wir weder
17 für sinnvoll noch für zielführend.

18 Hintergrund ist, die Zwangslage der Prostituierten ist für den Freier in den seltensten
19 Fällen ersichtlich bzw. beinahe unmöglich ihm Wissenheit nachzuweisen. Zum anderen
20 dürfte es die Bereitschaft der „Freier“ Hinweise der Polizei zukommen zulassen in
21 keinster Weise dienlich sein. Auch halten wir es für wahrscheinlich, dass
22 Zwangsprostitution somit noch weiter in den Untergrund verdrängt werden dürfte, was
23 eine Zerschlagung solcher Strukturen nur noch schwieriger macht.

24 In diesem Sinne fordern wir eine Regulierung des Gewerbes Prostitution in folgenden
25 Punkten voranzutreiben:

- 26 • Die gewerbliche Meldepflicht als eigene Branche verbunden mit folgenden Aufla-
27 gen: Regelmäßige (etwa 6x jährlich) unangemeldete und gegebenenfalls ver-
28 deckte Kontrollen durch Behörden (Polizei, Gesundheitsamt, Ordnungsamt, So-
29 zialarbeiter)

1
2

- 1 • Die ordnungsgemäße Meldung muss für den Freier als solche erkennbar sein.
2 Die Nicht-Meldung (was generell den Straßenstrich einschließt) ist demgegen-
3 über wieder strafrechtlich zu verfolgen um die Arbeitsbedingungen für Prostitu-
4 ierte zu kontrollieren.
- 5 • Die Einrichtung einer kostenlosen anonymen Hotline für „besorgte Freier“, wel-
6 che auch an Hot-Spots beworben werden soll.

7 Parallel dazu muss die (rechtliche) Position der Zwangsprostituierten deutlich gestärkt
8 werden, da nur auf diese Weise eine effizientere Strafverfolgung der Hintermänner und
9 Ringe erfolgen kann. Gleichzeitig wird der Ausstieg der Frauen aus der
10 Zwangssituation somit erleichtert.

11 Im Einzelnen fordern wir dazu:

- 12 • Die Einrichtung einer kostenlosen anonymen Hotline für „gefährdete Prostituierte“, welche auch an Hot-Spots beworben werden soll
- 13
- 14 • Ein Zeugenschutzprogramm auch für illegal eingewanderte Menschen, welche
15 einher geht mit einer dreijährigen Aufenthaltsgenehmigung mit Arbeitserlaubnis,
16 die nicht an die juristische Verwertbarkeit der Aussage gekoppelt ist, sondern le-
17 diglich im Falle offensichtlicher Falschbeschuldigung nicht greift.

18 Finanzielle und personelle Aufstockung entsprechender Behörden muss gewährleistet
19 werden.

20 Wir fordern den Staat auf, Prostitution unter staatlicher Kontrolle weiterhin geschehen
21 zu lassen. Dazu fordern wir staatliche Unterkünfte für Prostituierte für einen
22 angemessenen Betrag (z.B. 150 Euro/Nacht) - der Straßenstrich soll dorthin verlagert
23 werden (siehe Niederlande). Die Qualitätskontrollen sollen hinsichtlich Hygiene,
24 Arbeitsbedingungen und v.a. Freiwilligkeit durchgesetzt werden. Für Betriebe, die
25 diesen Maßstäben gerecht werden, soll ein Qualitätssiegel herausgegeben werden

26 Sicherlich ist es Ziel der Jusos Oberbayern langfristig Prostitution abzuschaffen. Da
27 dieses Ziels allerdings nicht kurzfristig zu erreichen ist, müssen wir die Frauen vor allem
28 vor dem kriminellen Aspekt der Prostitution schützen und Menschenhandel effektiv

3

5

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
3
4
5

1 unterbinden. Dies gelingt nicht, wenn sich Prostitution im Untergrund abspielt. Die
2 Jusos als linker feministischer Richtungsverband dürfen hier nicht wegschauen,
3 sondern müssen entschlossen für die Rechte ausländischer Frauen eintreten.

10 Antragssteller: Jusos Oberbayern

11 Adressaten: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Jusos Bundeskongress, SPD
12 Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion, SPD
13 Bundestagsfraktion, Ministerpräsidenten der SPD geführten Bundesländer

15 **5. Große Koalition bremesen – unsolidarische Schuldenbremse** 16 **verhindern**

18 Das Bundesfinanzministerium hat ein Konzept zur „Schuldenbremse“ vorgelegt, das
19 wohl noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll und welches folgende
20 Punkte zur Gesetzeslage machen will:

21 „

22 A) Die strukturelle, also längerfristige, über konjunkturelle Schwankungen
23 hinausgehende Verschuldung des Staates soll maximal 0,5 Prozent des
24 Bruttoinlandsprodukts betragen. Das ist wesentlich weniger als die bisher zulässige
25 Verschuldung in Höhe der staatlichen Investitionen.

26 B) Konjunkturkomponente: Darüber hinaus sollen in konjunkturellen Krisen und
27 Stagnationsphasen höhere Defizite möglich sein, allerdings nur in sehr engen Grenzen.
28 Im Aufschwung sollen im Gegenzug Überschüsse erzielt werden.

29 C) Nur in Extremsituationen sollen Ausnahmen möglich sein, für die eine besondere
30 Mehrheit, etwa drei Fünftel oder zwei Drittel, im Parlament erforderlich sein soll.

31 D) Entwickelt sich die Lage im Verlauf eines Jahres anders als bei

1
2

1 Haushaltsaufstellung erwartet und geplant, sollen die Abweichungen auf ein
2 Ausgleichskonto gebucht und in kommenden Jahren ausgeglichen werden. Wird die
3 Obergrenze des Ausgleichskontos erreicht, würden zusätzliche Ausgabenkürzungen
4 erzwungen. Selbst dann, wenn es ökonomisch schädlich wäre.

5

”¹

6 Während dies noch diskutiert wird, hat die Bundesregierung schon Steuersenkungen
7 beschlossen², und FDP und CSU fordern weiterhin fleißig weitere Senkungen in
8 Milliardenhöhe. Zwar fordert die SPD die Möglichkeit einer geringfügig höheren
9 Verschuldung (0,75%), und außerdem höhere Flexibilität bei konjunkturellen
10 Verschuldungsmöglichkeiten und Ausgleichskonten, doch halten wir als Jusos
11 Oberbayern die bestehenden Regelungen (z.B. strukturelle Verschuldung in Höhe der
12 Bruttoinvestitionen), für völlig ausreichend.

13

14 Die geplanten Regelungen würden – insbesondere, aber nicht nur, in Kombination mit
15 Steuersenkungen – zu letztlich völliger Handlungsunfähigkeit des Staates führen. In
16 wirtschaftlich schlechten Zeiten sinkt beispielsweise das Einkommen (Steuern),
17 während die Ausgaben (Sozialleistungen) steigen. Dieses Defizit kann eigentlich nur
18 durch Aufnahme neuer Kredite gedeckt werden. Ist dies auch nicht möglich, bleibt
19 eigentlich nur eine Möglichkeit: die Sozialleistungen zu kürzen.

20

21 Letztlich führt die geplante Grundgesetzänderung zur Festschreibung der
22 Schuldenbremse im Grundgesetz also zu einem Ende antizyklischer Wirtschaftspolitik
23 und zu weitergehendem Sozialabbau.

24

25 Wir fordern daher die SPD-Bundestagsfraktion auf, dieses Vermächtnis der großen
26 Koalition durch ein klares Nein zu verhindern und stattdessen die staatliche
27 Einkommensseite und damit den Spielraum für Investitionen ohne neue Schulden zu
28 verbessern durch:

29

30 – Vermögens- und Erbschaftssteuer

3 ¹Quelle: Wirtschaftspolitische Informationen 5b/2008, ver.di Bundesvorstand Berlin – Bereich Wirtschaftspolitik –
4 August 2008

5 ²<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/01/2009-01-13-konjunkturpaket-2-materialien.html>

6

7 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

8

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
3
4
5

- 1 – Wiederstärkung der Steuerprogression
- 2 – Einbeziehung aller Einkommen in die Steuerprogression durch Abschaffung sogenannter Flat Taxes

10 Antragssteller: Jusos Oberbayern

11 Adressaten: Landeskonzferenz der Jusos Bayern, SPD-Bundestagsfraktion, SPD
12 Parteivorstand

14 **Resolution**

16 **1. Keine Mittel aus dem Konjunkturpaket für die Rüstungsindustrie**

18 Aus dem Konjunkturpaket II mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden Euro sind 500
19 Millionen Euro als Rüstungsausgaben vorgesehen.

21 Von den 500 Millionen Euro soll die Hälfte, also 250 Millionen Euro in die Grund- und
22 energetische Sanierung der Bundeswehrliegenschaften gehen.

24 Die anderen 250 Millionen Euro sollen direkt in die Beschaffung von Waffen u. a.
25 Kleinwaffen und Kriegsgerät gehen. Konkrete Wünsche liegen von Seiten des
26 Verteidigungsministeriums bereits vor.

28 Die Jusos Oberbayern lehnen eine Aufrüstung der Bundeswehr entschieden ab, vor
29 allem aus Mitteln des Konjunkturpakets.

31 Neben den ethischen und moralischen Einwänden ist kein ersichtlicher Mehrwert für die
32 Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erkennbar. Investitionen u. a. in

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

1 Zukunftstechnologien, Infrastruktur und Bildung bringen einen
2 gesamtwirtschaftlichen Nutzen für die Bevölkerung.

4 Schon in Zeiten in denen es keine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts gibt
5 lehnen die Jusos Oberbayern Investitionen in Waffen und Kriegsgeräte kategorisch ab.
6 Nun aber 250 Millionen Euro nur für Kriegsgerät auszugeben grenzt an Hohn.

8 Die Jusos Oberbayern fordern die SPD-Fraktion im Bundestag und die
9 Bundesregierung auf, die Mittel umgehend zu stoppen und in anderwärtige Projekte zu
10 überführen. Sollten bereits Verträge und damit Käufe getätigt worden sein, muss von
11 diesen Zurückgetreten werden. Falls dies aus Gründen von Vertragsstrafen usw. nicht
12 möglich sein sollte, fordern die Jusos Oberbayern die jeweiligen Summen im nächsten
13 Haushalt 2010 für das Verteidigungsministerium einzubehalten und in andere Resorts
14 zu überführen.

1
2
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10

11 Antragssteller: Jusos Oberbayern

12 Adressaten: Landeskonzferenz der Jusos Bayern, SPD-Bundestagsfraktion, SPD
13 Parteivorstand

14

15 **Resolution**

16

17 **2. UN-Konvention umsetzen**

18

19 Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) hat im Dezember 2006 die

20 **Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen**

21 verabschiedet.

22

23 Mit dieser existiert erstmals eine internationale Übereinkunft, die die Rechte von
24 Menschen mit Behinderungen und insbesondere den Schutz der Menschenrechte von
25 Menschen mit geistiger Behinderung durchsetzen(!) soll. WissenschaftlerInnen sind
26 sich einig, dass mit der UN-Konvention erstmals ein Vertragstext vorliegt, der nicht
27 mehr nur über die Rechte von Menschen mit Behinderung informiert. Sondern dass
28 diese Konvention dem internationalen Menschenrechtsschutz für alle
29 Bevölkerungsgruppen, Minderheiten und Einzelpersonen weltweit wichtige Impulse
30 verleiht.

31 Alle Staaten, die dieser Konvention in ihren nationalen Parlamenten zugestimmt haben,

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2

1 verpflichteten sich, die nationale Gesetzgebung den dort aufgeführten Vereinbarungen
2 anzupassen. Auch die Bundesregierung hat den Konventionstext unterzeichnet und
3 sich damit zur Umsetzung verpflichtet.

4 Nach knapp drei Jahren kann von einer realen Umsetzung und pragmatischen
5 Durchsetzung allerdings nicht gesprochen werden. Es wird behauptet, die deutschen
6 Verhältnisse würden den Forderungen schon immer ausreichend entsprechen und es
7 bestehe kein Handlungsbedarf. Dem mag ja auf dem Papier so sein, die Realität sieht
8 allerdings anders aus!

9

10 **Wir Jusos Oberbayern fordern die Bundesregierung auf, den längst fälligen**
11 **Schritt zu gehen und die UN-Konvention umgehend in die Tat umzusetzen!**

12

13 Hervorheben möchten wir an dieser Stelle aus aktuellem Anlass* auch den Anspruch
14 geistig behinderter Menschen auf eine aktive Integration und Förderung von frühester
15 Kindheit an. Dabei verweisen wir auf den Pädagogen Prof. Dr. Georg Feuser, der in 10
16 Thesen zur gemeinsamen(!) Bildung, Erziehung und Unterricht behinderter und
17 nichtbehinderter Kinder dort u.a. durch „gewähren“ statt „vorenthalten“, „handeln“ statt
18 „behandeln“ und „spezialisieren“ anstatt „segregieren“ eine „Humanisierung“ und
19 „Demokratisierung“ des Erziehungs-, Bildungs- und Unterrichtswesens fordert.

20

21 *nach immer wiederkehrender Weigerung der CDU/CSU Förderschulen/Sonderschulen
22 abzuschaffen

23

24 **Quellen:**

25

- <http://www.uni-potsdam.de/u/mrz/mrm/mrm032006/Behinderte.pdf>

26

- (<http://europa.eu/scadplus/leg/de/s02311.htm> (siehe dort Links zum Thema))

27

- <http://reinhold-hilbers.de/foerderschulen-helfen-massgeblich-bei-der-entwicklung-der-individuellen-staerken-behinderter-kinder/>

28

29

- ([www.elisabeth-schroedter.de/presse_service/pm-09-01-](http://www.elisabeth-schroedter.de/presse_service/pm-09-01-21.htm+csu+sonderschulen+behinderte+abschaffung&hl=de&ct=clnk&cd=9&gl=de)

30

- [21.htm+csu+sonderschulen+behinderte+abschaffung&hl=de&ct=clnk&cd=9&gl=de\)](http://www.elisabeth-schroedter.de/presse_service/pm-09-01-21.htm+csu+sonderschulen+behinderte+abschaffung&hl=de&ct=clnk&cd=9&gl=de)

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
3
4
5

- [http://blog.rbb-online.de/roller/kontrasteblog/entry/ausgrenzung_keine_freie_schulwahl_f](http://blog.rbb-online.de/roller/kontrasteblog/entry/ausgrenzung_keine_freie_schulwahl_f%C3%BCr)

10 THESEN von Professor Dr. Georg Feuser zu: Gemeinsame Erziehung, Bildung und Unterrichtung behinderter und nichtbehinderter Kinder und Jugendlicher in Kindergarten und Schule (http://www.tri21.ch/de/presseunterlagen/Int_Thesen_D5_ISP_UZH.pdf)

1. Integration umschreibt die Idee vom Erhalt bzw. der Wiederherstellung **gemeinsamer Lebens- und Lernfelder für behinderte und nichtbehinderte Menschen**, um der Erweiterung der Entwicklungsmöglichkeiten aller willen. Dies verbunden mit dem Ziel, der Schaffung der Kultur einer inklusiven Gesellschaft, aus der niemanden mehr wegen Art oder Schweregrad seiner Behinderung, seiner Nationalität, Kultur, Sprache und Religion ausgegrenzt wird.

2. Integrativer pädagogischer Arbeit geht es (in Anlehnung an E. Séguin, 1812-1880) um die »Wiederherstellung der Einheit des Menschen in der Menschheit« und die »Wiederherstellung der Einheit unserer zusammenhanglos gewordenen Mittel und Werkzeuge der Erziehung«. Sie ist Reformpädagogik. Die Forderung von CONDORCET (1743-1794), Erziehung und Bildung »so gleich und so allgemein, andererseits aber für jeden individuell so vollständig wie möglich zu gestalten, um niemand höheren Unterricht zu verweigern« (verhandelt in der Nationalversammlung 1789) kann als ein zentraler Ausgangspunkt einer Reformpädagogik gesehen werden, die heute im Sinne der „Integration“ fortzusetzen ist. Ihre Ziele lassen sich als Bemühen **um »Humanisierung« und »Demokratisierung« des gesamten Erziehungs-, Bildungs- und Unterrichtswesens** zusammenfassen.

3. Integration erfordert, dass (Regel-)Kindergärten und (Regel-)Schulen für **alle** so gestaltet werden, **dass jedes Kind/jede/r Schüler/in ohne sozialen Ausschluss** und ohne persönliche Etikettierung als „defekt“, „abweichend“ oder „behindert“ seinen/ihren individuellen Voraussetzungen gemäß umfassend **gefördert und unterrichtet wird**. Sie realisiert die endgültige Absage an eine durch Prozesse der Selektion und Segregation gekennzeichnete pädagogische und therapeutische Praxis dadurch, dass allen von »Behinderung« und/oder »psychischer Krankheit« betroffenen Kindern und Jugendlichen die volle Teilhabe an den gesellschaftlichen Gütern und am sozialen Verkehr garantiert bleibt, sie an den Orten/in den Stadtteilen, an denen sie leben, zusammen mit ihren nichtbehinderten Alterskameraden, Nachbarn und Freunden Kindergarten und Schulen besuchen können (Prinzip der Regionalisierung) und dort alle speziellen Hilfen, pädagogischen und therapeutischen Erfordernisse gewährt bekommen, derer sie für ihre weitere Persönlichkeitsentwicklung bedürfen (Prinzip der Dezentralisierung).

4. „Behinderung“ verstehen wir als Ausdruck jener gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Prozesse, die auf einen Menschen hin zur Wirkung kommen, der durch psycho-soziale und/oder biologisch-organische Beeinträchtigungen gesellschaftlichen Minimalvorstellungen und Erwartungen hinsichtlich seiner individuellen Entwicklung, Leistungsfähigkeit und Verwertbarkeit in Produktions- und Konsumtionsprozessen nicht entspricht. Sie definiert folglich einen sozialen Prozess und ist in diesem selbst wiederum eine wesentlich Variable. Was wir an einem anderen Menschen als 'Behinderung' wahrnehmen, kann, systemisch gesehen, verstanden werden als entwicklungslogisches Produkt der Integration einer System-Störung in das System mit den Mitteln des Systems; dies nach Maßgabe seiner Biographie im Sinne der integralen Akkumulation der Ausgangs- und Randbedingungen seines Lebens. Sie ist Ausdruck der Selbst- und Aneignungstätigkeit des Systems und seiner Kompetenz in bezug auf seine Welt-Mensch-Beziehung; mithin von ihm hervorgebracht, aber nicht aus ihm selbst geworden. **Unter pädagogischen Aspekten** kann »Behinderung« **als Ausdruck dessen** verstanden werden, **was ein Mensch mangels angemessener Möglichkeiten und Hilfen und durch vorurteilsbelastete Vorenthaltung an Inhalten und sozialen Bezügen nicht lernen durfte und als Ausdruck unserer Art und Weise, ihn wahrzunehmen mit ihm umzugehen.**

5. „Integration“ bedeutet pädagogisch (in gleicher Weise für Kindergarten und Schule), **dass alle Kinder und Schüler** (ohne Ausschluss behinderter Kinder und Jugendlicher wegen Art und/ oder Schweregrad einer vorliegenden Behinderung) **in Kooperation miteinander auf ihrem jeweiligen Entwicklungsniveau** nach Maßgabe ihrer momentanen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungskompetenzen **an und mit einem »gemeinsamen Gegenstand«** (Projekt/Vorhaben/Inhalt/Thema) **spielen, lernen und arbeiten**. Integration ist kooperative (-> dialogische, interaktive, kommunikative) Tätigkeit im Kollektiv.

1
2
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
3
4
5

6. Integration begründet eine Allgemeine (basale und kindzentrierte) Pädagogik. Sie ist insofern eine **basale** Pädagogik, als sie Kinder und Jugendliche aller Entwicklungsniveaus, aller Grade der Realitätskontrolle, Wahrnehmungs- Denk- und Handlungskompetenzen ohne sozialen Ausschluss zu lehren und mit ihnen zu lernen vermag, eine **kindzentrierte** Pädagogik, als sie die Subjekthaftigkeit des Menschen (im Sinne seiner Biographie) und damit die Heterogenität einer jeden menschlichen Gruppierung voraussetzt und die Lehr- und Lernangebote an den Gesetzmäßigkeiten menschlicher Entwicklung orientiert, d.h. unter Berücksichtigung der „aktuellen Zone der Entwicklung“ eines Kindes/Schülers sich mit diesem handelnd in Beziehung setzt und das Lehren und Lernen auf dessen „nächste Zoned der Entwicklung“ (Vy-gotskij) orientiert und eine **allgemeine** Pädagogik, als sie unter den vorgenannten Bedingungen keinen Mensch von der Aneignung der für alle Menschen in gleicher Weise bedeutenden gesamten gesellschaftlichen Erfahrungsausschließt, **was** lern- und unterrichtsorganisatorisch **bedeutet: »Gewähren« anstatt 'vorenthalten' »Handeln« anstatt 'behandeln'** und pädagogisches **Handeln »spezialisieren«** (- differenzieren durch entwicklungslogisch-biographisch orientiertes Individualisieren) **anstatt Kinder/Schüler 'segregieren'**; sie kann folglich prinzipiell auf eine Trennung zwischen Regel- und Sonderkindergarten bzw. Sonderschulen und verschiedene Regelschulformen verzichten.

7. Integration bedarf zu ihrer Realisierung im Feld der Pädagogik einer „Entwicklungslogischen Didaktik“, die vier Momente im Sinne **eines nicht zu unterschreitenden und unveräußerlichen didaktischen Fundamentums** ausweist, **nämlich** eine durch biographisch-entwicklungslogische und -bezogene **»Individualisierung«** zu realisierende **»Innere Differenzierung«** (- sie konstituiert das Humanum einer Pädagogik) und (nach Maßgabe des vorgenannten Humanums) die **»Kooperative Tätigkeit«** (der Subjekte einer sozialen Gemeinschaft mit dem Ziel der Realisierung der Qualitäten eines Kollektivs) an einem **»Gemeinsamen Gegenstand«** (- sie konstituiert das Moment des Demokratischen). Der **»gemeinsame Gegenstand«** ist nicht das materiell Fassbare, das letztlich in der Hand der Kinder und Schüler zum Lerngegenstand wird, sondern der zentrale **»Prozess«**, der (im Sinne des „Elementaren“ und „Fundamentalen“ der KLAFLischen Bildungstheorie, sowohl verstanden als Objekt- wie als Subjekt-Kategorien von Welt) hinter den Dingen und beobachtbaren Erscheinungen steht und sie hervorbringt.

8. Integrative Pädagogik ist auf allgemeiner Ebene **insofern demokratisch**, als **alle Kinder/SchülerInnen alles lernen** dürfen und insofern **human**, als dies unter Zurverfügungstellung aller erforderlichen materiellen und personellen Hilfen **auf die einem/r jeden Kind/Schüler/in mögliche Art und Weise ohne sozialen Ausschluss** erfolgen kann. **Integrative Pädagogik verlangt** folglich nicht „individuelle Curricula“ (z.B. gesonderte Lehrpläne für verschiedene behinderte und nichtbehinderte Schüler), sondern **»individualisierte«** und **das Lernen in Projekten** (Vorhaben) **und** in Formen offenen, zieldifferenten Unterrichts. Nur ein solcher Unterricht **ermöglicht**, dass sich jedes Kind wahrnehmend und handelnd in das Geschehen einbringen kann, das Tun des einen, das des anderen beeinflusst und mit bedingt, wodurch jedes Kind und jeder Schüler für jeden anderen Bedeutung gewinnen kann und sich alle Kinder/Schüler subjektiv als kompetent und wichtig für die Gemeinschaft erfahren können, d.h. eine Identität mit dem anderen aufzubauen, **am DU zum ICH zu werden** (Martin Buber).

9. Integrative Erziehungs- und Unterrichtspraxis erfordert organisatorisch das **Prinzip der Regionalisierung**: Den wohnort-/stadtteilbezogenen, im unmittelbaren Lebensumfeld aller Kinder und Jugendlichen möglichen Besuch von Kindergarten und Schule, das **Prinzip der Dezentralisierung**: Die materiellen und personellen Hilfen sind am Ort des Lebens und Lernens und dort nicht isoliert z.B. in Therapieräumen, sondern eingebettet in das Gruppen-/Klassengeschehen zu gewähren, das **Prinzip des Kompetenztransfers**: Im Zusammenhang mit der unverzichtbaren Team-Arbeit aller pädagogischen, therapeutischen und mitarbeitenden Fachkräfte (z.B. persönliche Assistenzen) unterschiedlichster Ausgansberufe und Berufserfahrungen bzw. dem Team-Teaching von Regel- und Sonderschullehrer/in geht es (im Rahmen der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der gemeinsamen Arbeit und im Interesse deren Optimierung und hochgradigen Abstimmung) um den Austausch über und um die wechselseitige Aneignung von Kompetenzen der Kolleginnen und Kollegen - und das **Prinzip der integrierten Therapie**: Therapeutisch einzulösende Bedarfe der Kinder und Schüler sind schon bei der gemeinsamen Planung der Vorhaben so zu berücksichtigen, dass sie direkt im Gruppen- und Unterrichtsgeschehen zum Tragen kommen und von den Kindern und Schülern als Hilfen bei Tätigkeiten erfahren werden können, für die sie in der kooperativenTätigkeit motiviert sind. Darüber hinaus können sie für alle Kinder und Schüler präventiveQualitäten gewinnen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

3
4
5

10. Pädagogik und Therapie erkennen im integrativen pädagogischen Arbeitszusammenhang **die als „pathologisch“ erscheinende Tätigkeitsstruktur eines Menschen**, gegen die immer antherapiert wurde, als entwicklungslogisches Produkt, **als eine** unter den gegebenen Bedingungen seiner Biographie **optimal herausgearbeitete Aneignungsstrategie und Handlungskompetenz**. Ausgehend von dieser geht es darum, neue Tätigkeitsstrukturen zu entfalten und eine Verbesserung der Realitätskontrolle anzustreben, d.h. auf Erweiterung und Stabilisierung der Autonomie und Identität des Betroffenen auf dem ihm nächst erreichbaren Entwicklungsniveau hinzuarbeiten. **Entwicklung** ist primär abhängig ist von der Komplexität des jeweils anderen und erst in zweiter Linie von den Fähigkeiten und Mitteln des eigenen Systems; dabei geht es primär um das, was aus einem Menschen werden kann und wiederum erst in zweiter Linie um das, was er/sie im Moment - aus seiner/ihrer Biographie heraus - gerade ist. **Das „Besondere“ der Pädagogik, derer wir für Integration bedürfen, liegt nicht in der „Besonderung“ der Kinder und Schüler, sondern im »allgemeinen« der Grundlagen menschlicher Entwicklung und menschlichen Lernens, im »allgemeinen« einer basalen, subjektorientierten Pädagogik**. Dieses „Allgemeine“ herauszuarbeiten, ist das Spezielle unserer Arbeit; es in der „Besonderung“ (der Kinder und Schüler) zu suchen, **ist ein Irrweg!** Einen Weg ohne Integration zur Integration wird es nicht geben (das beweisen die Geschichte der Pädagogik und der Heil- und Sonderpädagogik in gleicher Weise); er bedeutet immer Selektion und Segregation. Das gilt auch für die als Integration beschriebenen und praktizierten Modelle: für das „Koop-Modell“ und das Modell „Förderzentren“ mit Schülern. **Integration ist Ziel und Weg zugleich!**

Antragssteller: Jusos Oberbayern

Adressaten: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Vorstand & Präsidium Bundes-SPD, SPD-Bundesgeschäftsführer, Vorstand & Präsidium BayernSPD, SPD-Bundesparteitag zum Bundestagsprogramm, SPD Bayern Landesparteitag

Resolution

3. Unsere Anforderungen an das Bundestagswahlprogramm

Die Formulierung eines Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2009 ist kein Vorrecht des Kanzlerkandidaten, sondern hat selbstverständlich das aktuelle Grundsatzzprogramm zur Grundlage. Es gilt jetzt, die dort formulierten Grundwerte in die Praxis umzusetzen. Wir schließen uns dem Aufruf „Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken“ an und unterstützen die dort formulierten Forderungen. Wir haben

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

1 einen ergänzenden Forderungskatalog aufgestellt, der ebenfalls auf die Grundsätze
2 des Hamburger Programms bezieht.

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

6 *„Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu
7 verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung,
8 internationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation“ (Hamburger
9 Programm S. 19).*

Die SPD steht für

- Menschenrechte und Demokratie weltweit
- Beteiligung an friedenserhaltenden Missionen ausschließlich unter UN-Mandat
- Nachhaltige und präventive Friedenspolitik
- Demokratische Reform der Vereinten Nationen und ihrer Organe
- Abrüstung und ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen

EUROPAPOLITIK

21 *„Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen“ (Hamburger Programm S. 27).*
22 *„Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss die europäische Sozialunion mit
23 gleichem Rang treten“ (Hamburger Programm S. 28).*

Die SPD steht für

- Eine demokratische und transparente EU, Gesetzesinitiativ- und Budgetrechte des
EU-Parlaments, eine demokratisch legitimierte Kommission
- Einen starken Sozialstaat auf europäischer Ebene, soziale Mindeststandards
- grenzüberschreitende Tarifverträge

1
2
1

2 **WIRTSCHAFTSPOLITIK**

3

4 „Der Staat muss durch nationale wie internationale Stabilisierungspolitik dazu
5 beitragen, konjunkturelle Krisen zu überwinden“ (Hamburger Programm S. 46).

7 **Die SPD steht für**

- 9 • Gemeinsame Finanzpolitik (mindestens) der Euro-Gruppe, engere Koordinierung auf
10 internationaler Ebene
- 11 • Staatliche Hilfen für bedrohte Finanzinstitute, aber nur unter der Maßgabe, dass der
12 Staat im Gegenzug Anteile am Unternehmen erhält
- 13 • Strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken

14

15 **UMWELTPOLITIK**

16

17 „In unsere Verkehrsinfrastruktur muss kräftig investiert werden. Dabei geben wir den
18 ökologisch günstigen Verkehrsträgern und dem kombinierten Verkehr Vorrang“
19 (Hamburger Programm S. 49).

20 „Wir treiben den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von
21 schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen konsequent voran“ (Hamburger
22 Programm S. 48).

23

24 **Die SPD steht für**

25

- 26 • Ökologische Verkehrspolitik, den Ausbau und die Förderung des Schienenverkehrs
- 27 • Ablehnung der Bahnprivatisierung
- 28 • Mittelfristiges Auslaufen der Förderung von Kohle, Öl und Gas und den Atomaus-
29 stieg
- 30 • Stärkere Förderung von Energiesparenden Maßnahmen und Kraft-Wärme-Kopplung

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2
1

2 **GLEICHSTELLUNGSPOLITIK**

3

4 „Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen in
5 Führungspositionen“ (Hamburger Programm S. 41).

6 „Wir wollen das Steuerrecht so umgestalten, dass es für Frauen keine Hürde darstellt,
7 erwerbstätig zu werden, und ihrer beruflichen Emanzipation nicht im Wege steht“
8 (Hamburger Programm S. 41).

9

10 **Die SPD steht für**

11

- 12 • Umfassende Gleichberechtigung der Geschlechter, ein Gleichstellungsgesetz für die
13 Privatwirtschaft und Quoten in Vorständen und Aufsichtsräten
- 14 • Gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- 15 • Recht auf zeitgemäße Förderinstrumente, z.B. Fortbildungen auch für Lebenspartne-
16 rInnen, die nicht arbeiten, Gewährleistung des Krankenversicherungs- und Pflege-
17 versicherungsschutzes

18

19 **RECHTSEXTREMISMUS**

20

21 „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ächten Rechtsextremismus,
22 Rassismus und Antisemitismus. Sie haben Deutschland in seine schlimmste
23 Katastrophe geführt. Wir werden deshalb immer dafür kämpfen, dass unser Land nie
24 wieder in Barbarei abgleitet“ (Hamburger Programm Seite 37).

25

26 **Die SPD steht für**

27

- 28 • Fortführung aller laufenden Bundesprojekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
29 Antisemitismus, Förderung von Bürgerstiftungen

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

3
4
5

- Ausbau von Bildungsprogrammen für Schulen, Hochschulen, ehrenamtlich Tätige und PolitikerInnen, Finanzielle Unterstützung von Gedenkstätten und Gedenkstätten

FAMILIENPOLITIK

„Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“ (Hamburger Programm S. 65).

Die SPD steht für

- Abschaffung des Ehegattensplittings, statt dessen Förderung frühkindlicher Bildungseinrichtungen, Ausbau von rhythmisierten Ganztagschulen, kostenfreie Kindertageseinrichtungen
- Schrittweise Erhöhung der Vätermonate von zwei auf sieben von 14 innerhalb von sechs Jahren
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit

STEUERPOLITIK

„An der Finanzierung der staatlichen Aufgaben müssen sich Unternehmen und Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen“ (Hamburger Programm S. 46).

Die SPD steht für

- Den Solidarischen Beitrag aller Einkommen zur Finanzierung des Staates, die Abgeltungsteuer, die Einbeziehung der Kapitaleinkünfte in die Steuerprogression der Einkommenssteuer und in die Sozialversicherungssysteme
- Die Besteuerung des Kapitalmarktes durch die Tobin-Steuer

1
2
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
3
4
5

GESUNDHEITSPOLITIK

„Wir wollen keine Zweiklassenmedizin. Deshalb wollen wir die solidarische Bürgerversicherung, in die alle Menschen einbezogen werden.“ (Hamburger Programm S. 58)

Die SPD steht für

- Die solidarische Krankenversicherung, auch Gutverdienende, BeamtInnen und Selbstständige müssen einbezogen werden
- Gemeinwohlorientierte öffentliche Krankenhäuser, die durch solidarische Finanzierung so auszustatten sind, dass allen die besten Leistungen zur Verfügung stehen und Pflege- und Krankenhauspersonal entsprechend entlohnt werden

Antragssteller: Jusos Oberbayern

Adressaten: Landeskongress der Jusos Bayern, Jusos Bundeskongress

Resolution

4. Gute Arbeit

1
2
1

2 Einleitung

3

4 Arbeit bestimmt die Lebensrealität fast aller Menschen. Durch Arbeit erlangen wir
5 gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Für uns ist Arbeit mehr als ein
6 notwendiges Übel. Viele Menschen definieren sich über Ihre Arbeit, über das Produkt
7 ihrer Arbeit.

8

9 Arbeit und ihre Verteilung, die Verteilung ihrer Produkte und der erarbeiteten
10 Wertschöpfung: das sind Fragen, die für die Ausgestaltung jeder Gesellschaft von
11 zentraler Bedeutung sind.

12 Die kapitalistische Wirtschaftsordnung in der wir leben, basiert auf dem
13 Interessensgegensatz zwischen Produzent und Eigentümer der Produktionsmittel. Der
14 Konflikt manifestiert sich an der Frage, wer den erwirtschafteten Mehrwert erhält. Die
15 Produzenten, die ihre Arbeitskraft einbringen oder die Eigentümer, welche die
16 Produktionsmittel stellen? In der Realität wird der Mehrwert sehr ungerecht verteilt:
17 während ArbeitnehmerInnen selten mehr als einen Inflationsausgleich erhalten, geht
18 der große Teil des Mehrwerts an die Eigentümer. Dies führt zu sozialer Ungleichheit
19 und Ungerechtigkeit.

20 Der Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital ist für uns die zentrale
21 Auseinandersetzung, der Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.
22 Hieraus folgt die Zentralität der Arbeit für unsere Politik. Wollen wir die
23 Lebensbedingungen der Menschen verbessern, so müssen wir ihre
24 Arbeitsbedingungen verbessern, für gute Bezahlung und für gute Arbeit kämpfen. Die
25 Geschichte dieses Kampfes ist entscheidender Teil der Geschichte der
26 Arbeiterbewegung.

27

28 Der Wert der Arbeit

29

30 Arbeit an sich ist eine neutrale Größe in einer volkswirtschaftlichen Bilanz, eine bloße
31 Maßgröße für gesellschaftliche Wertschöpfung. Doch hiermit kann unser Verständnis

3

5

1

2

1 von Arbeit nicht enden. Denn hinter Arbeit stehen Menschen, die ihren Beitrag zum
2 Funktionieren der entwickelten Gesellschaftsordnung leisten. Aus diesem Grund muss
3 es uns, neben den systemischen Fragen, immer um die Ausgestaltung der konkreten
4 Arbeits- und Lebenssituation der Menschen gehen.

5

6 Arbeit kann eine Quelle der Selbstverwirklichung, der Achtung und der Anerkennung für
7 viele Menschen sein. In sehr vielen Fällen ist sie dies heute jedoch nicht. Viele
8 Menschen definieren sich über die Qualität ihrer Arbeit, über das Produkt ihrer Arbeit.
9 Grundvoraussetzung dafür ist eine Arbeit, die produktiv gestaltend ist und dem Produkt
10 Ihrer Arbeit nicht entfremdet gegenübersteht, sondern mit diesem vertraut ist. Eine
11 weitere Stufe zu besserer Arbeit ist erreicht, wenn diese Arbeit die Kommunikation mit
12 anderen Menschen einschließt, den Menschen eigene Planungs- und
13 Gestaltungsfunktion über seinen Arbeitsprozess einräumt.

14

15 Der Mensch, der als kleinster Teil, als Rädchen im Getriebe funktionieren muss, kann
16 nicht frei oder selbst bestimmt sein. Ist der Mensch von dem Produkt seiner Arbeit weit
17 entfernt verliert diese ihre Zielrichtung und wird zur Abfolge leerer, abstumpfender
18 Prozeduren. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der es jedeR möglich ist, unter
19 menschenwürdigen und guten Bedingungen zu arbeiten und sich selbst bestimmt und
20 frei in der Gesellschaft zu entfalten.

21

22 Um produktive Arbeit leisten zu können, braucht jedeR Freizeit, um sich zu
23 regenerieren und gesellschaftlich sowie politisch zu partizipieren. In einer entwickelten
24 Gesellschaft müssen wir den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten und diese Arbeit in
25 großen Teilen gesellschaftlich organisieren.

26

27 Arbeit ist für unsere Politik von zentraler Bedeutung. Die Zentralität der Arbeit bedeutet
28 jedoch nicht, dass wir eine Gesellschaft fordern in der Menschen nach ihrer reinen
29 Arbeitsleistung beurteilt werden. Es ist und war immer eine Machtfrage, wer definiert
30 was Leistung bedeutet. Leistung ist kein neutraler Begriff. Allein die Frage was einer
31 Gesellschaft ehrenamtliches Engagement wert ist verdeutlicht dies. Niemand darf aus

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1

2

1 der Gesellschaft ausgeschlossen werden, weil er nicht arbeitsfähig ist. Hier muss die
2 Solidarität der Gesellschaft greifen, denn die Würde des Menschen ist unantastbar.

3

4 Wandel der Arbeitswelt

5

6 Seit spätestens den 1980er Jahren können wir einen deutlichen Umbau der Arbeitswelt
7 feststellen. Dies äußert sich insbesondere in der beschleunigten Abnahme der
8 Normalarbeitsverhältnisse. Immer weniger Menschen sind in unbefristete,
9 sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse eingebunden. Im Jahr
10 2000 waren es noch etwa 50% der Werktätigen. Das sogenannte Alleinverdienermodell
11 reicht heute nicht mehr aus, um eine Familie ernähren zu können. Immer mehr
12 Menschen können mit einer Beschäftigung nicht einmal mehr den eigenen
13 Lebensunterhalt geschweige denn den Lebensunterhalt einer Familie bestreiten. Neue
14 Beschäftigungsmodelle haben sich zunehmend ausgebreitet. Viele Menschen glaubten
15 dem Versprechen der neuen Modelle auf flexiblere und selbst bestimmte Arbeitszeiten
16 und Arbeitsbedingungen.

17

18 Auch das alte Modell des meist männlichen „Familienernährers“, das auch von uns
19 Jusos wegen seines, insbesondere für Frauen, diskriminierenden Charakters kritisiert
20 wurde, war in vielen Fällen nicht mehr praktikabel. So bedeutete für einige wenige
21 Frauen diese, dem Umbau der kapitalistischen Wirtschaftsform geschuldete
22 Veränderung, einen scheinbaren Zugewinn an Entwicklungsmöglichkeiten. Aber nur
23 wenige, in der Regel hoch qualifizierte und privilegierte, Frauen konnten davon
24 profitieren. Der Anteil der Frauen an der gesamtgesellschaftlichen Arbeit stieg nur
25 unwesentlich, vielmehr drängen sich heute mehr Frauen in einem nur unwesentlich
26 größeren Anteil der Erwerbsarbeit. Und auch weite Teile der Reproduktionsarbeit liegen
27 weiterhin auf den Schultern der Frauen, nun zusätzlich zur Erwerbsarbeit. Auch stehen
28 Frauen bei Gehältern, Aufstiegschancen und ihrer Repräsentation in Führungsebenen
29 immer noch hinter ihren männlichen Kollegen zurück.

30

31 Da für viele die Veränderungen zunächst als progressiv erschienen oder ihnen als
32 progressiv verkauft wurden, wurde der Umbau der Arbeitswelt und der Aufgabe von

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1

2

1 Sicherheiten in vielen Bereichen bereitwillig akzeptiert. Man glaubte an die
2 Versprechungen einer neuen Marktwirtschaft. In Wirklichkeit eröffnet der Ausbau der so
3 genannten atypischen Beschäftigung den Unternehmen nur eine neue Möglichkeit
4 unternehmerisches Risiko und Marktdruck auf die Beschäftigten zu übertragen. Auf
5 dem „dynamisierten“ Arbeitsmarkt tragen immer mehr ArbeitnehmerInnen in befristeten
6 oder Leiharbeitsverhältnissen das Risiko schwankender Auftragslage.

7

8 Das Machtgefüge verschiebt sich zuungunsten der ArbeitnehmerInnen. Auch in den
9 Normalarbeitsverhältnissen sind viele ArbeitnehmerInnen aus Angst um den
10 Arbeitsplatz und vor dem sozialen Abstieg bereit, schlechtere Arbeitsbedingungen oder
11 geringere Löhne in Kauf zu nehmen. Vielfach gerät das gesamte Tarifgefüge unter
12 Druck. Seit 1994 sind im Durchschnitt die Reallöhne in Deutschland nicht nur nicht
13 gestiegen, sondern sogar um 0,9 Prozent gesunken. Die historisch erlangte
14 Wertschätzung der knappen Arbeitskraft und die damit verbundene Macht der
15 organisierten Arbeiterschaft im Fordismus ist einer, von dem Druck der Beliebigkeit und
16 Ersetzbarkeit der Arbeitskraft geprägten, Schwäche ihrer Vertretung gewichen. Auch
17 die politische Vertretung der ArbeitnehmerInnen, die Sozialdemokratie, setzt sich nicht
18 in dem nötigen Maße für ihre Interessen ein.

19

20 Prekarisierung der Arbeitswelt

21

22 In vielen Bereichen sind die ehemals typischen Normalarbeitsverhältnisse durch
23 atypische Beschäftigungsmodelle ersetzt worden. Oftmals sind diese
24 Beschäftigungsverhältnisse durch schlechteren Lohn, durch weniger
25 Mitbestimmungsmöglichkeiten, durch den Erhalt geringerer Sozialleistungen und durch
26 die Unsicherheit der Stellen ausgezeichnet.

27

28 Befristete Verträge ermöglichen es Arbeitgebern den Kündigungsschutz in Teilen zu
29 umgehen, und die Gründung von Gremien der betrieblichen Mitbestimmung zu
30 unterdrücken. Leiharbeit, die nicht an konkrete Produktionsspitzen gebunden ist, ersetzt
31 die Stammebelegschaften vieler Unternehmen zunehmend durch beliebig disponier- und
32 austauschbare ArbeitnehmerInnen. ArbeitnehmerInnen werden in

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
3
4
5

1 Scheinselbständigkeit aus dem Unternehmen ausgelagert und so aus dem sozialen
2 Verantwortungsbereich der Unternehmen entfernt. Ehemalige Vollzeitstellen werden
3 teilweise in mehrere, staatlich subventionierte, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse
4 aufgeteilt. Praktika reihen sich an Praktika, viele davon unbezahlt.

6 Eines haben diese neuen atypischen Beschäftigungsformen gemeinsam. Sie sind in
7 vielen Fällen prekäre Beschäftigungsformen, die Unternehmer geben einen Teil des
8 unternehmerischen Risikos an die ArbeitnehmerInnen weiter. Dadurch fehlt in den
9 meisten Fällen eine Beschäftigungssicherheit. Elementare Rechte, wie Mitbestimmung
10 und Organisationsrecht geraten vielfach unter Druck.

12 Demokratisierung der Arbeitswelt

14 Vielfach herrscht die Meinung vor, dass das Thema der weitgehenden Demokratisierung
15 der Arbeitswelt vor dem Hintergrund vieler Beschäftigungsverhältnisse zu einem
16 Luxusthema ohne wirkliche Chancen auf Verwirklichung geworden ist. Seit etwa Mitte
17 der 1970er Jahre wird das wenige an wirtschaftlich demokratischen
18 Mitbestimmungsstrukturen durch den Umbau der Beschäftigungsverhältnisse bedroht.

20 Die Zunahme prekärer Beschäftigungsformen sind keine guten Vorzeichen für
21 Demokratisierung. Der Arbeitsmarkt erlaubt es den Unternehmen in vielen Fällen,
22 etwaige Ansprüche der Beschäftigten nicht zu erfüllen. Und die Angst der Beschäftigten
23 zwingt diese zu Zurückhaltung bei den Forderungen nach Verbesserung der
24 Arbeitsbedingungen.

26 War früher Beteiligung als Demokratisierung mit optimistischen Perspektiven der
27 Humanisierung der Arbeit verbunden, so stellt sich die Situation heute anders dar.
28 Mitbestimmungs- und Gestaltungsrechte in der Arbeit müssen im Rahmen des Umbaus
29 der Beschäftigungsverhältnisse und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen
30 verteidigt werden. Ein Druck zur Forderung nach weitergehender Demokratisierung
31 liegt heute darin begründet, dass die Arbeitskräfte angesichts existentieller Unsicherheit
32 und erfahrener Ungerechtigkeit versuchen müssen, ihre Ohnmacht zu überwinden.

1
2

1 Erreichtes muss verteidigt werden und neue, weitgehende Konzepte zur
2 Demokratisierung der Arbeitswelt gefunden werden.

3

4 Darüber hinaus kann eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft nur erreicht
5 werden, wenn auch die Wirtschaft, eines der wichtigsten Aktionsfelder der Gesellschaft
6 und das für das Leben der meisten Menschen bestimmende Element, demokratischer
7 Kontrolle und Steuerung unterliegt. Wir fordern daher weiterhin die weitgehende
8 Demokratisierung der Wirtschaft.

9

10 Ein grundsätzliches Argument für eine Demokratisierung liegt in der Ungleichverteilung
11 des erwirtschafteten Mehrwerts zwischen Arbeitnehmer und Eigentümer der
12 Produktionsmittel begründet. Zwar schafft der Arbeitnehmer mit seiner Arbeitskraft die
13 Basis für den erwirtschafteten Mehrwert und die Wertschöpfung im Unternehmen
14 überhaupt, dennoch wird der erwirtschaftete Gewinn einseitig von den Eigentümern der
15 Produktionsmittel angeeignet. Die einseitige Gewinnaneignung des Kapitals ohne
16 jegliche wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten wird auf
17 Grund des Kapitaleigentums und des möglichen Verlustes im kapitalistischen
18 Verwertungsprozess gerechtfertigt. Die Beschäftigten haben aber, weil sie ihre
19 Arbeitskraft und ihr geistiges Kapital im Unternehmen einsetzen, und ohne sie das
20 Unternehmen aus bloßem totem Kapital bestehen würde, die gleichen Eigentumsrechte
21 am erwirtschafteten Mehrwert wie die Eigentümer der Produktionsmittel und ein Recht
22 auf die Gestaltung des von Ihnen getragenen Produktionsprozesses.

23

24 Falsch ist die Ablehnung demokratischer Unternehmensprozesse auch deshalb, weil
25 Menschen ohne Mitbestimmung, ohne Partizipation sich nicht mit Ihrer Arbeit und dem
26 Produkt ihrer Arbeit identifizieren können. Sie bleiben fremdbestimmte Arbeitskräfte und
27 von ihrer Arbeit entfremdet, ohne eine in ihnen selbst begründete Motivationen, weil sie
28 kein Gestaltungsrecht im Hinblick auf Ihren Arbeitsprozess haben. Dies ist aber wider
29 der Natur des Menschen. Sie möchten vielmehr die Bedingungen, unter denen sie
30 einen erheblichen Teil ihres Lebens arbeiten, aktiv mitgestalten. Werden Menschen an
31 den Entscheidungen über den Produktionsprozess, an dem sie selbst teilnehmen
32 beteiligt, so fließen wertvolle Erfahrungen aus allen Bereichen der Produktion in die

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1

2

1 Entscheidungen und Planungen über den Produktionsprozess ein. Sie sind eine Quelle
2 für die Optimierung der Produktion, Verbesserung der Produktqualität und
3 Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entscheidungen, bei gleichzeitiger Verbesserung der
4 Arbeitsbedingungen. Die Wirtschaftsdemokratie vollzieht sich in einem beratenden
5 Prozess, durch den die Träger der Arbeitskraft am kollektiven
6 Interessenbildungsprozess des Unternehmens beteiligt werden müssen.

7

8 Gute Ausbildung

9

10 Für uns sind gute Ausbildungsbedingungen elementarer Bestandteil unserer
11 Vorstellung von guter Arbeit. Nur wer eine breit angelegte, qualitativ hochwertige
12 berufliche Ausbildung erhält, ist in der Lage mehr zu werden als ein in seiner
13 Spezialisierung abhängiger Unternehmensangehöriger. Auch berufliche Bildung muss
14 den emanzipatorischen Anspruch haben, die Auszubildenden zu befähigen, selbst
15 bestimmt und unter eigener Regie in der gesamten Bandbreite ihres Berufsfeldes zu
16 arbeiten.

17

18 Wir stehen zum dualen System, der Ausbildung zwischen öffentlichen Berufsschulen,
19 die eine berufliche Allgemeinbildung leisten und privaten Betrieben, die die
20 handwerkliche Ausbildung und die praktische Einführung in das Arbeitsleben
21 übernehmen. Durch regionale Zusammenarbeit, in Koordination mit den Berufsschulen
22 müssen hier gleichwertig hochwertige Bedingungen für alle Auszubildenden eines
23 Berufszweigs geschaffen werden. Wir lehnen eine Modularisierung der beruflichen
24 Bildung, die eine einschränkende Spezialisierung erlauben würde, ab. Vielmehr stehen
25 wir zu dem Modell breit angelegter Berufsbilder.

26

27 Auch Auszubildende müssen angemessen vergütet werden. Denn auch sie tragen zum
28 Wertschöpfungsprozess im Unternehmen bei und sind nicht als bloße
29 Leistungsempfänger zu verstehen. Auch sollen ihnen mit Weiterbildungs- und
30 Qualifizierungsmaßnahmen Entwicklungsmöglichkeiten in ihrem weiteren beruflichen
31 Leben geboten werden. Und auch schon gelernte ArbeitnehmerInnen müssen die
32 Chance erhalten sich weitergehend zu qualifizieren und zu bilden.

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5

1
2
1

2 Arbeitsbedingungen weltweit

3

4 Weltweit finden sich teilweise weit verheerendere Arbeitsbedingungen als in unserer
5 Arbeitswelt. Unter teilweise menschenverachtenden und extrem ausbeuterischen
6 Bedingungen wird hier die billige Ware produziert, die den Konsum der so genannten
7 „ersten Welt“ aufrecht erhält, werden mit billiger Arbeitskraft die recyclebaren Wertstoffe
8 des Zivilisationsmülls trotz schädlichster Auswirkungen auf Leben und Gesundheit
9 aussortiert und zurückgewonnen oder unter gefährlichsten Arbeitsbedingungen die
10 nötigen Rohstoffe für unsere technisierten Gesellschaften gewonnen.

11

12 Weltweit müssen wir für Gute Arbeit kämpfen. Auf internationaler Ebene müssen
13 Lösungen gefunden werden, wie gemeinsam gegen prekäre Arbeitsbedingungen
14 vorgegangen und gute Arbeitsbedingungen verwirklicht werden können. Doch schon in
15 Europa gestaltet sich dies schwierig. Auch hier müssen auf europäischer Ebene
16 vereinheitlichte Sozialstandards und Standards für die Arbeitsbedingungen verwirklicht
17 werden.

18

19 Schluss

20

21 Der Kampf für gute Arbeit ist die elementare Auseinandersetzung für die Verbesserung
22 der Lebensbedingungen aller Menschen. Die ArbeitnehmerInnen wünschen sich
23 sichere Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen sowie Weiterbildungs- und
24 Entwicklungsmöglichkeiten, Mitspracherechte und Gestaltungsrechte bei ihrer Tätigkeit.

25

26 Wir müssen gemeinsam, zusammen mit Gewerkschaften, den Arbeitnehmerinnen und
27 in und mit der SPD für die politische Verbesserung der Lage der Beschäftigten
28 kämpfen.

29

30 Denn jeder Mensch hat ein Recht auf gute Arbeit.

3

4 Jusos-Oberbayern a. o. Bezirkskonferenz 2009

5